

Zeitungspreise:
Für volle monat. bei zweimal. Zu-
schickung 7.— M., vierteljähr. 21.—
M., u. Zustellungsgebühr, i. d. Aus-
gabestellen abgeholt M. 7.— mo-
natl., durch um. auswärts. Zusen-
den bei d. Post, einmal. Zustellg. 8.—
M., u. Bestellg., durch die Post
monatl. 9.25 M., vierteljähr. 27.75
M., ein. f. d. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen nehmen alle Postanstalten
u. Amtl. Zeitungsverzeichnisse
Einschickung. Für unregelmäßige
Einschickung. Manu. teipe wird keine Ge-
währ übernommen. Nachdruck nur
m. Quellenang. „Zeitung“ ge-
wattet. Fernr. der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abtg. Nr. 1103
u. 1133, der Zeigungs-Abtg. Nr. 1135.

Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gepulverte 34 mm breite Millim-
eterzeile oder deren Raum 70 Pf.,
Sammlen- u. kleine Anzeigen pro
Gegensatzentfaltungen 40 Pf.
Reklamen die 24 mm breite Millim-
eterzeile 3.— Mark. Bei Wieder-
holung Ermäßigung lt. bes. An-
zeigebedingungen. Anzeigen neh-
men an unsere Geschäftsstellen u.
ähnliche Anzeigenstellen. Er-
füllungsterm. 8 u. 9. Uhr abends
täglich 2 mal, Sonntags und Mont-
tags 1 mal. Geschäftsstelle: Halle, Neue Prom-
nade 1a, Gr. Brauhausstr. 17.
Haben- u. Geschäftsstelle: Markt 24.
Verf. d. Anzeig. Nr. 225.

Nr. 488.

Halle, Dienstag, den 18. Oktober 1921.

Einzelpreis 40 Pfg.

Oberschlesien und der Dollar.

Berlin, 18. Oktober.

Während diese Zeiten geschrieben werden, steht der Kurs des Dollars auf 190 Mark. Ende voriger Woche stand er 150. Die unerhörte weitere Steigerung war bei dem furchtbaren Schlag, den Deutschland durch die Oberschlesien-Entscheidung empfängt, zu erwarten. Was aber nicht zu erwarten war, ist der günstige nachdrückliche Markkurs in New-York. Diese Erscheinung tritt immer wieder auf. Sie beweisen, daß die Mark im Inland noch viel schlechter bewertet als im Ausland. Mit anderen Worten: Die deutsche Spekulation treibt Katastrophenpolitik. Sie hat zum größten Teile bis jetzt dazu beigetragen, den neuen ungeheuerlichen Sturz der deutschen Wäluuta zu verschärfen und über den durch die wirklichen Verhältnisse gerechtfertigten Umfang hinauszuweisen.

Freilich hat auch die Industrie die letzten Monate bemerkt, um ihre Rohstofflager aufzufüllen. Ob sie damit aber wirklich eine vorteilhaftere Einbindung erreicht hat, als wenn sie sich darauf beschränkt haben würde, nur den normalen Bedarf einzubringen und die Wäluuta zu sparen, erscheint sehr fraglich. Was aber diejenigen Kreise der Spekulation angeht, die nicht aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus, sondern lediglich aus dem Drange, Differenzgewinne zu erzielen, oder eine Risikoverficherung gegen die Entwertung des deutschen Geldes einzugehen, ausländische Wäluuta kaufen, so ist es jedem Kenner der Verhältnisse klar, daß die Elemente heute leider geradezu den ausschlaggebenden Faktor auf dem Devisenmarkt darstellen.

Wer sind diese Leute?

Einer der ersten deutschen Finanzmänner und Bankdirektoren hat kürzlich mit dem Finger darauf gewiesen. Es sind in vorderer Reihe russische, polnische und galizische Spekulanten, zum Teil mastiert als Angehörige deutscher Familien. Sie sind es nicht allein. Zu ihnen gesellen sich just in der neuesten Zeit deutsche Großspekulanten, die auf dem Aktienmarkt spezialisierte Gewinne erzielt haben. Diese Gewinne glauben sie am besten sicher zu stellen, indem sie Devisen kaufen. An diese kämpfende Spekulantenarmee hängt sich neuerdings ein Trupp von Leuten, die früher nichts mit der Börse zu tun hatten. Die wirtschaftliche Ohnmacht des Beamten, des kleinen Kaufmanns, wie überhaupt des ganzen Mittelstandes, der Zugang zu Sonderausgaben, also das, was über den laufenden Bedarf des Lebens hinaus zur Aufrechterhaltung der Kulturbedürfnisse notwendig ist, haben dazu beigetragen, das Privatvermögen in Massen an die Börse zu treiben. Diese Tatsache birgt eine Gefahr in sich, die gar nicht übersehen werden kann. Denn wenn eines Tages die Entwertung dem Kaufe folgt, müssen Zustände eintreten, Verleumdungen sichtbar werden, wie man sie, um Großes mit Kleinem zu vergleichen, beim Zusammenbruch der Weltkonjunktur erlebt hat.

Aber auch die deutsche Industrie wird des Segens, den ihr der neue Markkurs gebracht hat, nicht froh werden. Die Hochkonjunktur der Produktion und des Exports ist künstlich, ungesund und verhängnisvoll. Sie wirkt zwar augenblicklich außerordentliche Profite ab, sie jagert scheinbar dem deutschen Arbeiter Arbeit und Brot. Aber es sind Gewinne und Vorteile, die denen allen Einträglichkeit bange werden muß. Hinter dieser Scheinprosperität lauert das Gespenst des Hochschulds der bedrohten Auslandsstaaten.

Gehen die Dinge so weiter, dann wird die zollpolitische Geleismachinerie des Antidumping der hochvalutarischen Länder mit Hochdruck zu arbeiten beginnen, und diese Gefahr sollte von der deutschen Geschäftswelt denn doch nicht auf die leichte Achsel genommen werden.

Freilich: Das Ausland muß sich darüber klar sein, daß die schönsten Wäluutakäufe und Zolltarife nicht Gefahren bannen können, deren Quell ganz woanders liegt als bei der deutschen Industrie. Gegen eine stabile Exportprämie der deutschen Industrie kann sich das Ausland allenfalls schützen! Nicht aber gegen eine Exportprämie, die — wie der Wechselkurs — mit ihren fortwährenden Schwankungen und Zuckungen jeder Berechnung spottet. Die Reparationen sind es, die immer wieder neu diese Exportprämie für die deutsche Industrie schaffen und neben den Reparationen ist es die Zerrückungs- und Bernichtungspolitik, die Frankreich in der ober-schlesischen Frage getrieben hat. Die Folgen dieses politischen Vorgehens führen wirtschaftlich zur Zerstörung des europäischen Produktionsgebietes.

Werden die Staatsmänner der bedrohten Siegerländer erst dann zu Hilfe eilen, wenn es zu spät ist, wenn das deutsche Wäluutacredie die Tiefen des über-reichlichen und

politischen Wäluutacredie erreicht hat? Das Chaos, das in diesem Falle über Deutschland hereinbrechen müßte, würde an den Grenzen Deutschlands nicht Halt machen.

Die englische Presse über den Markkurs.

London, 18. Oktober. Auch die Morgenblätter beschäftigen sich mit dem Sturz der deutschen Wäluuta. Während die „Times“ in einem Leitartikel schreibt, eine Ermäßigung der an Deutschland gestellten Forderungen würde im gegenwärtigen Augenblick die wirtschaftlichen Aussichten in Europa nicht verbessern, sagt „Daily News“, nach ihrer Ansicht seien die Reparationsforderungen an Zusammenbruch der Wäluuta schuld. Wenn der Sturz der Wäluuta anhalte, so könne Deutschland den geforderten Summen nicht bezahlen. Unter Hinweis auf den Schaden, den der Tiefstand der Wäluuta ganz Europa zufüge, fragt „Daily News“, weshalb man auf der Forderung der Reparationen bestehe.

Ein amerikanischer Journalist zur ober-schlesischen Entscheidung.

Der neue Berliner Korrespondent des „International News Service“, Mr. E. D. Weyer, stellt uns einen längeren Bericht über die allgemeine politische Lage in Deutschland zur Verfügung, den er seiner etwa 100 große amerikanische Zeitungen bedienenden Agentur geschickt hat und dem wir folgendes entnehmen:

„Am Hintergrunde des Sturms wegen Oberschlesien liegt eine feststehende Tatsache, die das jüngste Kapitel altergebrachter Diplomatie seitens der Entente tragt und eine groteske Seite enthält, auf der der unglückliche Versuch Deutschlands gescheitert ist: ein neues diplomatisches Spiel mit rücksichtsloser Offenheit, Vertrauen und gutem Glauben zu beginnen. Ober-schlesien ist — wie alle deutschen Probleme — nur ein Band in dem größten Spiel der Mächte. Einige Berliner Staatsmänner bewegen sich naiver Weise zwar immer noch im Fahrwasser alter Zeiten, als hinter Drohungen und Gewalttätigkeiten noch die Waffen einer großen Armee und einer mächtigen Flotte standen. Jedoch gibt es einige Staatsmänner in leitender Stellung mit weitem Blick, die unberrt auf engste und von beiderseitigem Vertrauen gestützte Beziehungen mit Amerika hindringen, dem einzigen Lande ohne selbständige Motive.

Es wäre wahrhaftig keine Überraschung, wenn nach der Entscheidung über Oberschlesien ein neuer Appell an die Vereinigten Staaten gerichtet würde als einzige Alternative nach dem Sturz Wäluuta, der scheinbar unvermeidlich ist.

Der Entschluß Englands, auf der Abrüstungskonferenz in Washington eine geschlossene englisch-französische Front zu zeigen, ist der Fiktion, an dem alle verzweifelten Versuche des Kabinetts Wäluuta, Oberschlesien zu retten, gescheitert sind. Derselbe Entschluß Englands ist auch der Grund dafür, daß dieses, entgegen seinem Wunsch und besserem Wissen, die Wäluuta Schamers am Vereinigten Staaten des Völkervertrages nicht abzugeben hat, jedoch nunmehr Polen begünstigt und die kontinentale Politik Frankreichs unterstügt wird. Daß England es für ratsam hielt, auch in der Frage der alliierten Schulden an Amerika Schlichter an Schlichter mit Frankreich zu sehen, ist ein Faktum, der gleichfalls schwer ins Gewicht fiel bei dem Entschlusse Englands, die ober-schlesische Säule als Grundpfeiler der französischen Hege-monie in Europa zu errichten, denn in Wahrheit hat England allen Grund, sie nicht zur Wirklichkeit werden zu lassen. Das mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwartende Ergebnis dieser Politik wird sein, daß während die Großmächte am ganzen Tisch der Abrüstungskonferenz zu Washington sitzen, Zentraleuropa in ein neues Chaos, zwar nicht organisierten Kämpfe, aber eines erbitterten Kleinkampfes mit und ohne militärische Waffen sowohl als wirtschaftlicher Zerlegung, geschleudert wird. Schon erbt in ganz Deutschland der Schicksal: Ein verlorenes Oberschlesien ist ein neues Elend-Vorbringen. Dies wird Frankreich den willkommenen Vorwand liefern, seine militärische Macht unvermindert aufrecht zu erhalten, was wiederum England Veranlassung geben wird, seine traditionelle Seemachtspolitik unberrt weiter zu verfolgen.“

Zur inneren Krisis.

Die innere Krisis, die durch die Genfer Entscheidung über Oberschlesien zwangsläufig herbeigeführt wird, tritt bereits deutlich in Erscheinung. Montag sind die Regierungsparteien zum erstenmal zusammengetreten, um gemeinsam über den Rücktritt des Kabinetts Wäluuta zu beraten. Die Meinungen gehen noch auseinander. Einig ist man nur über die Zweckmäßigkeit einer Erweiterung der Koalition in dieser schweren Schicksalsstunde durch die Deutsche Volkspartei. Aber ob ihr Beitritt zum unerbitterten Kabinetts Wäluuta erstrebt werden soll, oder erst nach Rücktritt des Reichsanstalters und des Außen-

ministers, die durch den Genfer Beschluß am meisten enttäuscht worden sind, oder ob das ganze Kabinet zurücktreten und ein vollständig neues gebildet werden soll, darüber geht der Streit.

Die Wehrsozialdemokratie gibt sich die größte Mühe, Wäluuta zu halten. Sie fürchtet vor einem neuen Mann eine Rechtsdrehung des Reichstags, eine nationalpolitische Außenpolitik und eine Aenderung der Steuerpläne zugunsten der Besitzenden. Darum verlangt sie, daß der Reichstag nicht die Regierung selbst über den Rücktritt des Kabinetts entscheiden soll. Die Demokraten halten den Rücktritt des Kabinetts für unvermeidlich, wollen aber vorher die Frage der Nachfolge geregelt wissen. Das Zentrum hat sich bisher in allen Tonarten ausgeprochen. Die Klärung wird hoffentlich bis zum Zusammentritt der Fraktionen am nächsten Donnerstag erfolgt sein.

Die Besprechungen der Parteiführer

mit dem Reichsanstalter haben Montag nachmittag um 4 Uhr begonnen und wurden erst spät abends beendet. Das Zentrum war durch die Abgeordneten Marx, Dr. Spahn und Beder-Amsberg vertreten. Die Demokraten durch die Abgeordneten Beyerlein, Grelten und Koch. Für die Sozialdemokraten waren Hermann Müller und Weis zugegen. In der Konferenz wurde die ganze Lage, die durch die Genfer Entscheidung entstanden ist, erörtert mit ihrer Rückwirkung auch auf die innere und auswärtige Politik des Reichs. Auch die Frage der Kohlenverteilung wurde besprochen. An einem Teil dieser Erörterung nahmen auch Vertreter der Deutschen Volkspartei teil, die durch die Abgeordneten Stresemann und Kempe vertreten war. Die Besprechungen werden am Dienstag fortgesetzt. Man hofft, daß bis dahin vom Reichsverband der deutschen Industrie feste Beschlüsse bezüglich des Kreditangebotes vorliegen, so daß die Steuer- und Finanzfragen, in denen die Wäluuta seitens der Entente nach sehr auseinandergehen, auf dieser Grundlage mitbesprochen werden können. Beschlüsse über den Hauptberührungspunkt wurden nicht gefaßt, insbesondere auch nicht darüber, ob und wann das Kabinet gegebenenfalls zurücktreten sollte.

Eine Erklärung

der Berliner Zeitungsverlegerorganisation.

Berlin, 17. Okt. Zu den in der Arbeiterschaft des Buchdruck- und Zeitungsverwerbes sich geltend machenden Forderungen, die Tariftarifgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu untergraben, durch die bereits das Ergehen einiger Zeitungen zeitweilig verhindert worden ist, verbreiten die Berliner Zeitungsverleger-Organisationen eine gemeinschaftliche Erklärung, in der es heißt:

Der Tarifauschluß der deutschen Buchdrucker hat am 25. September durch gemeinschaftlichen einstimmigen Beschluß der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Tariflöse bis zum 31. Dezember neu geregelt. Ein durch die Form der Veröffentlichung der vom Tarifauschluß betroffenen Lohnsätze entstandener Zweifel, wie der Beschluß rechtmäßig auszuliegen sei, wurde durch die paritätisch zusammengestellten Tarifkommissionen durch gleichlautende einstimmige Entscheidungen geklärt. Die Arbeiterschaft des Verleges Rudolf Wäluuta hat sich über diese ordnungsmäßig gefaßten tariflichen Beschlüsse und das tarifliche Recht hinweggesetzt, indem sie über die ursprüngliche Forderung hinausgehende Forderungen stellte und deren Erfüllung in ultimativer Form innerhalb drei Stunden verlangte. Gleichzeitig erklärte die Arbeiterschaft, daß sie Verhandlungen über diese Forderungen unter Mitwirkung irgendwelcher tariflicher Instanzen unbedingt ablehne. Der an den Tarif gebundene Bezug konnte hierauf nur antworten, daß er Kollektive Bewilligungen nur in Übereinstimmung mit seiner Organisation als der mitverantwortlichen Trägerin der Tariftarifgemeinschaft vornehmen könne. Die Arbeiterschaft beantwortete diese Erklärung des Verleges kurz vor dem Ergehen des Sonnabend-Abendblattes mit der sofortigen Einstellung der Arbeit. Gegenüber diesem Vorgehen der Arbeiterschaft, das in seiner bewußten Ausfaltung der Tariftarifgemeinschaft ein gefährliches Zusammenarbeiten im Gewerbe zur Unmöglichkeit macht, gibt es für die Berliner Zeitungsverleger, um das gefährdete Tarifrecht vor dem Untergang zu bewahren, keinen anderen Weg, als sich mit der betroffenen Firma solidarisch zu erklären.

Wenn die Berliner Zeitungsverlegerorganisation so handelt, so geschieht dies nicht nur dem Gebote der Notwehr folgend, sondern in Hinblick auf die Aufrechterhaltung unserer deutschen Gesamtwirtschaft, die mit dem Tarifstreik nicht und fällt.

Wir sind sicher, daß die Öffentlichkeit in dem uns aufgezwungenen Kampfe, den wir so lange wie möglich vermeiden haben, auf unserer Seite stehen wird. Tarif-treue ist Vertragszweck. Wer den Tarif bricht, bricht sein Wort. Die Verlegerorganisation ist sich darüber einig, daß der Wäluuta auf Deutschlands nur möglich ist, wenn jeder deutsche wertvolle Mann fest zu seinem Worte und zu geschlossenen Verträgen steht.

Die Lehren der Groß-Berliner Wahl.

Berlin, den 18. Oktober 1921.

Die Zeit- und Begehrtheiten, unter denen die Groß-Berliner Gemeindevahlen diesmal nur sich gingen, heben das Wahlergebnis weit aus dem lokalen Rahmen heraus. Als Berliner Sondererscheinung kann man eigentlich nur die Tatsache anführen, daß es gelungen ist, die sozialistische Mehrheit im Stadtparlament zu brechen. Auch in mehreren wichtigen Bezirken hat man mit dieser Mehrheit aufgeräumt, so namentlich in Berlin-Mitte, Tiergarten und Spandau. Wenn in den Arbeiterbezirken des Nordens und Ostens eine Mehrheit der drei sozialistischen Parteien bestehen geblieben ist, so hat sie doch eine Umwandlung in sich dadurch erfahren, daß der radikale Teil mit seinen der Mehrheitssozialisten zusammengegriffen ist. Die soziale Partei der Kommunisten, gegenüber dem sozialistischen Magistrat eine Politik der Strafe und der Weisung zu treiben, ist bei den Berliner Arbeitern trotz ihres heils vorfindenden Realismus auf sehr geringem Verständnis. Die Unabhängigen, die in der Wahl fortwährend dieser Politik der Strafe und dem Druck der Strafe Konzeptionen machten, haben es am empfindlichsten fühlen müssen. Sie sind die Leidtragenden des Berliner Wahlsonntages. Es ist den Mehrheitssozialisten nicht möglich gewesen, die Stimmen ihrer Brüder von links auszuweichen. Vielmehr scheint es, als ob der Linksradikalismus über die gesamte Mitte hinweg diesmal zu den Mehrheitssozialisten gesehnen ist. Damit aber kommen wir zu den allgemeinen Lehren, die die Berliner Wahlen abgeben können.

Die Entente hat geglaubt, auf Deutschland beliebig lang und beliebig stark herunterschlagen zu können. Sie will eine Politik der Mitte, mit der allein sie zu arbeiten kann, aber sie tut alles, um den Deutschen zu helfen. Unter politischem Gesichtswinkel gesehen, bedeuten die Berliner Wahlen, daß die Anhänger der unbedingten Erfüllung, die Unabhängigen, katastrophal zusammengebrochen sind, während die Verteidiger einer Mäßigkeitspolitik ungeachtet jodiel gewonnen haben, wie die Unabhängigen betonen, woraus die Entente ersehen kann, daß es sehr leicht möglich ist, die Voraussetzungen einer Erfüllungspolitik im Rahmen des Möglichen dadurch hinzuschwindeln zu sehen, daß hinter dieser Politik kein Widerspruch mehr steht.

Weshalb ist diese Politik Wahnsinn. Wahnsinn für uns, Wahnsinn für die Entente. Aber man muß doch gerade sein und anerkennen, daß der Wahnsinn drüben begonnen hat. Kommt die Katastrophentheorie, so wird Deutschland darunter fürchterlich zu leiden haben. Wahrscheinlich läßt dann eine Zeit der Not, in der man mit den deutschen nationalen Kreisen kurzen Prozeß machen würde, aber was ist in einer Zeit innerer Verzweiflung nicht alles möglich. Man sehe nur nach Deutsch-Oesterreich, um alle Befürchtungen für begründet zu halten. Dennoch darf die demokratische Mitte nicht müde werden, zur Vernunft zu rufen.

Die eine Lehre ist auch noch aus den Berliner Stadtverordnetenwahlen zu ziehen, daß an dem deutschen Volke noch die politische Erziehungsarbeit zu leisten ist. Der Wähler und vor allem auch die Wählerinnen wählen vielfach nicht aus einem Willen zu positiver Gestaltung heraus, als vielmehr aus einem Unwillen über dies und jenes Unzufriedene. Daher kamen früher die vielen sozialdemokratischen Stimmen. Um den Landrat, den Bürgermeister oder den Arbeitgeber zu ärgern, rümpfte man sozialistisch. Jetzt glaubt man die Entente zu ärgern, wenn man den Deutschen nationaler wählt. Viele Wähler fühlen sich noch nicht als die verantwortlichen Träger der

politischen Selbstbestimmung, sondern sehen die Wahl als gute Gelegenheit dafür an, seinen Gefühlen Ausdruck zu geben. Wünsche die Mehrheit so wie ein großer Teil der deutschnationalen Wähler, dann möchte man aus deutschen Vollen und an seiner eigenen politischen Reife verzweifeln. Zum Glück ist es nur ein Teil der Wähler, der sich halbtags von Gefühlsauswühlungen je nach den Zeitumständen nach außen links oder nach außen rechts werfen läßt. Immerhin steht in der Mitte ein respektable Kern der Verantwortungsbewußten im Staate, stark genug noch, um dem Chaos zu trohen.

Es ist in diesem Zusammenhang überaus erfreulich, daß die Deutsche demokratische Partei trotz der geringeren Wahlbeteiligung eine Kräftigung erfahren hat. Daß sie in einer so unglücklichen Zeit erfolgen konnte, ist doppelt erfreulich. Die Deutsche Volkspartei hat eine geringe Einbuße erlitten. Die Gründe dafür liegen an der Hand: bei den letzten Wahlen, die ja direkt im Anschluß an die Reichstagswahlen vor sich gingen, war die volksparteiliche Wahltagung ausschließlich auf den Stimmengewinn abgestellt. Jetzt hat jenseitiger Teil, der durch nationalistische Schlagworte genommen worden war, seine politische Wahlheimat bei den Deutschen gefunden. Die Deutsche Volkspartei kann daraus die Lehre ziehen, daß nichts sich mehr rührt, als den Wähler über die Tragweite und Verantwortung seines Stimmrechts zu täuschen. So sind nach innen und außen wichtige Lehren aus den Berliner Gemeindevahlen zu ziehen. Für die Welt und die deutschen Parteien würde es sicher nicht gleichgültig sein, wenn diese Lehren lehrerichtig in den Wind geblasen werden.

Nach vorläufiger amtlicher Berechnung wurden in Berlin am Sonntag 845 773 Bürgerliche und 826 740 sozialistische Stimmen abgegeben. Danach werden die Bürgerlichen mit geringer Mehrheit, vielleicht infolge der Abwesenheiten, auch nur in gleicher Stärke wie die Sozialisten in das Stadtparlament einziehen.

Die Weimarer Herbsttagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft.

In den Tagen vom 11. bis 15. Oktober wurde in Weimar die Herbsttagung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft abgehalten, die in der Hauptversammlung ihren Abschluß fand. Wohl 2000 Mitglieder der Gesellschaft und zweitausend Arbeiter hatten sich zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden, und wie eifrig gearbeitet wurde, zeigen die fast beständigen Versammlungen und die gut besetzten Sitzungen der Ausschuße und Sonderausschuße erkennen. Der Grundgedanke aller Verhandlungen war letzten Endes die Produktionssteigerung, sei es, daß er in den Vorträgen über Düngungsmaßnahmen und Sortenfragen, über Bodenbearbeitung und Maschinenwesen unmittelbar zum Ausdruck kam, sei es, daß er in den Beratungen über die wichtigste Warenausstellung in Nürnberg den Ausdruck fand. Gerade der auf den Ausstellungstagen folgende scharfe Wettbewerb scheint besonders geeignet, zum Wiederaufbau beizutragen, und die Ausstellungen nehmen daher in den meisten Versammlungen einen breiten Raum ein. Würde sich die Zeitigung auf der Leipziger Wanderausstellung noch auf das Kleinste beschränkt, so wird es von allen Interessenten mit Freude begrüßt werden, daß die Beschlüsse der Herbsttagung die Tore der Nürnberger Ausstellung auch für die Besichtigung mit Pferden (Galopp- und Lorier), Rindern (Höhenvieh), Schafen und Schweinen öffnen.

Die Besammlung nahm mit besonderer Vorbereitung Kenntnis von den Mitteln, um die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft. Die Zahl der Mitglieder ist in den letzten Jahren dauernd gestiegen und beträgt zurzeit rund 24 000. Die örtlichen Vorbereitungen für die Nürnberger Ausstellung machen gute Fortschritte, und für die Hamburger Wanderausstellung im Jahre 1923 erscheint das Heilige Geistes geistig. Die Verhandlungen über die Ausstellungen in den Jahren 1924 Breslau und 1925 Dortmund oder Münster lauchten noch. Ein Vortrag über die

Entwicklung und die ferneren Aufgaben der mitteldeutschen Reichstag, dessen Errichtung den Herren Regierungs- und Deputationsrat, Weimar, und Rammesberg v. Reubell, Schloss Wolfenbüttel, oblag, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Auch die Hauptversammlung durfte sich regen Beteiligung erfreuen, und der Verlauf, die Verhandlungen, die sich abspielten, waren sehr gelungen. Die Verhandlungen über die ferneren Aufgaben der mitteldeutschen Reichstag, dessen Errichtung den Herren Regierungs- und Deputationsrat, Weimar, und Rammesberg v. Reubell, Schloss Wolfenbüttel, oblag, wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Ob den zahlreichen Wünschen, auch die nächstjährigen Herbstversammlungen der D. L. G. in kleineren mitteldeutschen Städten abzuhalten, entprochen werden kann, bleibt der Beschlußfassung der kommenden Februartagung vorbehalten.

Auslands-Rundschau.

Die unglücklichen wirtschaftlichen Zustände in Desterreich haben die karitative Gefahr stark vergrößert, zumal Berliner und Münchener Reaktionen die Trübsal der Selbstmitleidigkeit unterfüttern und schüren. Es ist ein Zeichen des gelunden Sinnes der heimischen Bevölkerung, daß im Landtage Sozialisten, Bauernbündler und Großdeutsche energisch gegen die monarchistischen Umtriebe Stellung genommen und erklärt haben, die Habesburger würden eine hilflos geschlossene Front gegen sich finden, falls sie zur Tat schreiten wollten.

Der Volkseigenheit in Dests hat die Einführung des Frauenstimmrechts in diesem Kontext mit 14 000 gegen 6500 Stimmen abgelehnt. Dieses Ergebnis bestätigt die alte Lehre, daß Volkseigenheit fast immer gegen die fortschreitende Entwicklung ausfallen.

König George hat seine am heutigen Dienstag bei Wiedereröffnung des Unterhauses erwartete Rede auf morgen verschoben. Er wird heute nur eine kurze Erklärung über die Arbeitslosenfrage abgeben. Witterungsbedingungen zufolge werden drei Gesellschaften eingekauft werden, und zwar: 1. Ausbeutung des Handelskreditwesens, 2. Erstellung neuer Befugnisse an die örtlichen Behörden, Geld für notwendige Arbeiten zu beschaffen, 3. Schaffung von Unterfütterungsausschüssen und Bereitstellung von besonderen Fonds.

Die Spanier machen ihre Niederlagen in Marokko wieder auf und sind bereits über Jelloua vorgezogen. Die marokkanischen Kämpfe rufen uns die Namen Aguirre und Aguirre ins Gedächtnis zurück, jene Namen, an die sich der Abschluß der Einleitung Deutschlands namentlich dank der verheerlichen Politik Billons knüpft.

König Alexander von Serbien, der der Krone entzogen wollte, hat sich von dem großen Militärpräsidenten Raffis überreden lassen, aus Paris nach Serbien zurückzuführen. Da nach einer Abdankung Alexanders die Krone auf eine wenig bekannte Nebenlinie hätte übergehen müssen, ist durch den Entschluß des jetzigen Königs die Gefahr gebannt, daß Serbien oder Kroatien das ganze Südslawien in ein Chaos gestürzt wird.

In den Vereinigten Staaten droht ein großer Eisenbahnstreik, da die Eisenbahn-Gesellschaften die befristete 12prozentige Lohn- und Gehaltssteigerung ablehnen. Wenigstens dort streikt der Arbeiter der Heruntersetzung der Löhne protestieren, während sie bei uns Lohnverhandlungen verfolgen, beweist dieser wirtschaftliche Kampf, daß auch jenseits des Ozeans die Verhältnisse von einer Stabilisierung noch weit entfernt sind.

Vermischtes.

Im Berliner Kolonialrat zeigt sich noch immer keine Klärung. Die Gruppe der Geschäftsführer und Hotelbesitzer hat beschlossen, beim Zentralverband der Hotelgesellschaften zu bleiben. Ebenso hat eine Gruppenverammlung der Hotelbesitzer die Austrittsbewegung abgelehnt. Die Berliner Arbeiterpartei hat den Streitenden ihre Unterstützung zugesagt.

Radium im Wertepate. Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, ist dort der erste Teil der von Dänemark in Amerika angekauften 1 1/2 Gramm Radium eingetroffen. Es handelt sich um 1/2 Gramm, das zum Erhitzen aller Be-

N. Dr. Julius Ernst Lips, der Begründer und Leiter des Deutschen Korrespondenzbureaus für ausländische Universitäts- und Studentenangelegenheiten in Leipzig, hat sein Amt niedergelegt. Der Rücktritt ist auf Wunsch zurückzuführen, dessen Dr. Lips in letzter Zeit ausgesagt war. Dr. Lips dürfte sich durch sein internationales Wirken den Hof der Deutschen Nationalen erworben haben. Ueberdies ist Dr. L. Sozialdemokrat. Das Korrespondenzbureau, das verdienstvolle Werk des Dr. L. wird jetzt von einem Studenten geleitet. Ein Kuratorium, in dem Vertreter der Universität und der Reichsregierung sitzen, hat die Oberaufsicht. Es besteht der Plan, das Bureau nach Göttingen zu verlegen. Doch fehlt hierzu die Genehmigung der lässlichen Regierung. Die gesamten studentischen Auslandsbeziehungen ruhen sich an die Person des Dr. L. so daß sein Rücktritt als ein unvollständiger und schwerer Verlust zu beklagen ist. Dr. L. ist ferner zusammen mit dem Deutschen Raten Kreuz Herausgeber einer wertvollen Monatschrift „Student und Ausland“, die zugleich Organ des Deutschen Korrespondenzbureaus für ausländische Universitäts- und Studentenangelegenheiten ist. Das Schicksal der Zeitschrift ist durch den Rücktritt L. in Frage gestellt.

Die Preussische Geologische Landesanstalt hat die Aufnahme folgender Blätter im Maßstab 1:25 000 fertiggestellt bzw. weitergeführt: Provinz Sachsen, Festungsgelände, Markt Wanzleben, Delitzsch, Magdeburg, Wendisch-Gröningen und Groß-Rosenfeld. In Arbeit: Wernigerode, Schwanfeld, Dardesheim, Osterfeld, Wetzleben, Roschfeld, Torgau-Weiß, Schilbau-Hörsinghausen-Groß-Willersleben, Gerhausen, Rogätz, Preuß., Groß-Görschen, Rietzipp, Schöneberg, Mühlentien, Samersleben, Osfen.

Meine Frau - das Gedicht, der neue Opernlibretto des Stadttheaters aus der Feder von Hans G. Perlett, wurde dem Herrn Beuten für Sonntag, den 23. Oktober vorgelesen. Seit dem Aufbruch nach Berlin Schillertheater nimmt die Operette ihren Sitzungs über die Bühnen, Schauspieler und Bühnenmeister glanzvoll schmückend mit der besten Schicht eines feinen Opernlibretto und der unentbehrlichen Situationen kommt der Handlung.

Hans J. Reichs neues Schauspiel „Das seltsame Leben“ wurde vom Schauspielhaus in München zur Aufführung in dieser Spielzeit erworben.

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung; Mittwoch, 18. Oktober. Inhalt: Die Liebe des jungen Eitrich, Roman von Hermann Wagner. - Gedanken über die Kunstgenossen. Von Andres. - Kabare, die Zeit der Kunst. Von Hugo Salus. - Das Glück. Von A. Kinst. - Aberglaube. Von Ernst Wandeser. - Schach.

„Das Opfer“ von Tagore.

Gera, 17. Oktober 1921.

Das „Preussische Theater“ in Gera, das von Intendant Paul Wehenwadt geleitet und von dem russischen Übersetzer, dessen literarische Kenntnisse denen eines Literatordozenten gleichen, beraten wird, brachte die Uebersetzung von Rabindranath Tagores Spiel „Das Opfer“. Trotzdem der Inhaber durch die esthetischen Vorgänge der letzten Zeit und die sensationellen Verfassungen seiner Bedeutung in Mißacht genommen ist, nahm die Geraer literarische Bühne dieses Stückes an, um den Dichter von dem alten Odium, an dem er selbst unglücklich ist, zu befreien. „Das Opfer“ steht hoch über den bisher in Deutschland bekanntgewordenen Stücken des Dichters. Die breiten Krismen, die vielen als Proben erscheinen, fallen weg. Die Sprache ist knapp, einfach, naiv, rein. Die Handlung ist bewegt; sie wird nicht unterbrochen durch phantastisch-lyrische Beträufelungen und der Grundgedanke wird nicht durch Symbolisches verflüchtigt. Tagore sieht dem Drama die Worte voran: „Ich nehme dieses Stück den Heiden, die taufte für den Frieden eintraten, als man Reichenopfer für die Götter des Krieges überbrachte.“ Nicht die zum Verfall gekommenen Götter, sondern die weisheitsvolle Menschheit ist das geistig Überlebende; das ist der Grundgedanke des Stückes, das in einem tiefen Anselm spielt. Man det eine himmlische Götter an mit dem Namen Kali, einen Steinzeug, den bemalt, mit Totenbäßen als Halskette, mit Antlitzmerkmalen Augen und lange herabhängender, starrer Zunge. Dieses Schicksal von einer Götter kann sich nicht genug bekommen an Blutopfern; vor sich mit

ihre verhalten will, darf an Schicksal nicht sparen. Als eines schönen Tages der König, ein junger Held voll Optimismus und großer Gedanken, erklärt, die Göttin möchte seine Blutopfer mehr; er verbietet, der Göttin flüchtig gegenwärtige Opfer zu bringen. Alles ist entsetzt über diesen frechehaften Befehl. Der Oberpriester verliert den König, das Volk wendet sich von ihm ab, seine Gattin flieht vor dem Kustosen und der Anabe Jastig, den der König und der Oberpriester zusammen großgeehrt haben und den beide mit der unendlichen Liebe lieben, die nur Tagore kennt, dieser Anabe gewährt sich im Zweifel, ob er dem König oder dem Priester folgen müsse. Der energische Priester besteht dem Bruder des Königs, den Herrscher umzubringen; die Göttin verlangt dieses Menschenopfer. Der Bruder weigert sich und der Priester beschließt schließlich den Anaben, der Göttin das Opfer zu bringen. Der Anabe bringt es nicht über sich, der Göttin das Opfer zu verwirklichen, er bringt es aber auch nicht über sich, den König umzubringen, und so ist er sich selbst vor dem Steinbild, sich selbst, dem auch königliches Blut in den Adern fließt. Der Priester sieht sich das Lieben verurteilt. In seinem Schmerz erkennt er die Sinnlosigkeit der Blutopfer; er selbst führt die Steinbild in den Abgrund.

Das im Verlag von Kurt Wolff erscheinende Buch hat eine noch kompliziertere Handlung. Ein Intrigenpiel zwischen Priester, König und dem Bruder des Königs und die Dürftigkeit der Königin lenken das Interesse von dem Kern des Dramas ab. Es ist erfreulich, daß mehrere überflüssige Szenen in Gera getilgt worden sind. Durch diese Striche gewinnt das Spiel an Präzision und an Klarheit. Intendant Wehenwadt hatte die Aufführung mit größter Sorgfalt einstudiert. Die Einseitigkeit der Linienführung und die Harmonie im Spiel haben die Aufmerksamkeit über eine Kleinodvorstellung hinaus. Das Geraer Theater hat einige Schauspieler, die sich auf der größten Bühne sehen lassen könnten. Das Publikum, das wohl phrasenreiche Rede befürchtete, war sichtlich überrascht von diesem Spiel und ließ es an Beifall nicht fehlen.

Martin Feuchtwanger.